



DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB

Mitglied des Finanzausschusses

Stellv. Vorsitzender Parlamentskreis Mittelstand (PKM)

| Berlin: mittendrin |

24. Mai 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

Alternativen werden klar

Vier Monate vor der Bundestagswahl wird klar: Es waren vier gute Jahre für unser Land. Unser Ziel bleibt, dass auch Europa nach der Krise besser dasteht als zuvor. Deswegen arbeiten wir weiter an der Verbesserung und Durchsetzung der Regeln für Stabilität in Europa. **Wir wollen keine Eurobonds. Und wir wollen auch nicht, dass Schulden in Europa vergemeinschaftet werden.**

Andererseits wissen wir, dass Europa mehr ist als nur eine Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist ein Kontinent der Freiheit, der Demokratie, des Rechts – also eine Wertegemeinschaft, die man nicht um kurzfristiger politischer Vorteile willen auf's Spiel setzt. Europa ist bei Angela Merkel in guten Händen.

Auch die Wahrheit über die rot-grünen Steuerpläne kommt Stück für Stück ans Licht. Der SPIEGEL titelte zutreffend: „Raubzug mit Ansage“. – Immer mehr rechnen nach und merken, dass bei weitem nicht nur Spitzenverdiener und Reiche zur Kasse gebeten werden sollen. **Die Belastungen würden weite Teile der Mittelschicht treffen. Jeder Facharbeiter würde draufzahlen. Auch Familien würden nicht geschont. Alle Verheirateten verlören bei Streichung des Ehegattensplittings.** Die Vermögensteuer träfe nicht nur faule Superreiche, wie es SPD und Grüne weismachen wollen. Vor allem die mittelständischen Betriebe wären betroffen. Denn berechnet wird die Steuer auf das gesamte Betriebsvermögen. Zu zahlen aber ist sie aus den Gewinnen. 1 % Vermögensteuer bedeuten dann zwischen 10 und 20 % höhere Steuerlast! Und gezahlt werden muss auch, wenn man gar keine Gewinne macht. Das kostet dann auch Arbeitsplätze!



Auf Einladung von Mathias Middelberg referierte am 29. April 2013 der **Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Michael Meister**, im Rahmen eines **Mittagsgesprächs** im Hotel Walhalla über die Pläne von SPD und Grünen für höhere

Steuern und eine neue Vermögensteuer. V.l.n.r.: Mathias Middelberg, Dr. Meister, Dr. Claus Niemann.

Presse

NOZ vom 30. April 2013

Union: Steuerpläne der Grünen erhöhen die Arbeitslosigkeit

Meister warnt vor Vermögensteuer

Von *Christof Haverkamp*

OSNABRÜCK. Die Union befürchtet eine höhere Arbeitslosigkeit, wenn die Steuerpläne der Grünen verwirklicht werden. In einem Gespräch mit unserer Zeitung sagte Unionsfraktionsvize Michael Meister, derzeit seien die Beschäftigungslage und Einnahmen des Staates auf einem historischen Höchststand. Beides dürfe man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Eine um ein Prozent höhere Steuerlast werde mittelfristig etwa 200 000 Arbeitsplätze in Deutschland kosten, sagte der CDU-Politiker unter Berufung auf Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages.

Zudem würden die Pläne der Grünen den Mittelstand bei den Zusatzkosten für Bürokratie stärker belasten. Die Grünen wollen einen Anstieg des Spitzensteuersatzes von 42 auf 49 Prozent und eine Vermögensabgabe von einem Prozent auf Nettovermögen ab einer Million Euro.

Meister warnte auch vor der Einführung der Vermögensteuer. Wenn Immobilien zusätzlich mit Steuern belastet würden, hätten die Mieter den Schaden. Denn entweder werde der Vermieter die Steuererhöhung auf den Mietpreis umlegen, oder es werde weniger gebaut. Dann aber würden in den Städten die Chancen auf bezahlbaren Wohnraum weniger. „Beides zahlt am Ende nicht der Vermögende, sondern der Mieter“, sagte Meister.

Hauptgeschäftsführer der Niedersächsischen Industrie- und Handelskammern (NIHK) im Gespräch mit der Landesgruppe der niedersächsischen CDU-Abgeordneten



In einem Gespräch mit Abgeordneten der CDU-Landesgruppe Niedersachsen und Vertretern der Niedersächsischen Industrie- und Handelskammern (NIHK) ging es um Verkehrsprojekte in Niedersachsen und Themen der Steuerpolitik.

Diskussion an der Europa-Schule



Im Rahmen des 7. Europatages an Schulen am 6. Mai 2013 diskutierte Mathias Middelberg mit den Schülern des 10. und 11. Jahrgangs des Gymnasiums in der Wüste in Osnabrück. Der Abgeordnete stellte sich für zwei Schulstunden den Fragen der rund 120 Schüler. Dabei ging es um den Euro, Steuerhinterziehung, Waffenexporte oder Regeln für Textilproduktion in Asien. Xinyi Wang (rechts) ist Austauschschülerin über das Parlamentarische Patenschaftsprogramm aus den USA und wird Mathias Middelberg in der kommenden Woche als Praktikantin im Bundestag begleiten.

Herzliche Grüße!

Mathias Middelberg

Der Finanzpolitiker wies auch die Forderung der Grünen nach einer größeren Umverteilung zurück. Die Unionsparteien hätten in den vergangenen Jahren für eine größere Teilhabe- und Chancengerechtigkeit gesorgt, etwa beim Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt und zur Kultur. „Durch die Umverteilungsfantasien der Grünen wird diese Teilhabegerechtigkeit im Arbeitsmarkt wieder infrage gestellt“, kritisierte Meister.

Zur Stärkung des Bildungsstandorts Deutschland habe die Bundesregierung massiv mehr Geld bereitgestellt. Auch hier werde es einen Rückschritt geben. Die von den Grünen propagierten Ziele würden daher konterkariert. „Die Grünen sprechen von Gerechtigkeit und organisieren am Ende das Gegenteil.“



Kritisiert die Steuerpläne der Grünen: Michael Meister (CDU). Foto: Michael Hehmann

☎ Bürgersprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am **Montag, 1. Juli 2013 von 14.30 – 16.30 Uhr**, im Wahlkreisbüro Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück statt. Interessierte sind herzlich eingeladen. Um kurze Voranmeldung im Wahlkreisbüro wird gebeten.

☎ Kontakt

Büro in Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 227 – 71382
Fax: 030 227 – 76882
mathias.middelberg@bundestag.de

Büro im Wahlkreis

Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück
Tel.: 0541 57067
Fax: 0541 957999
mathias.middelberg@wk.bundestag.de

www.mathias-middelberg.de